

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 3/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ März 1998

Erklärung von Politikern zur Diskriminierung der DDR

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 10. Februar 1998 in der Berliner Stadtbibliothek wurde eine

Erklärung zur Diskriminierung und Verfolgung ehemaliger Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland der Öffentlichkeit übergeben. Diese Erklärung ist die Weiterführung eines Memorandums vom November 1996. Sie wurde diesmal von 13 führenden Politikern der DDR unterzeichnet, und zwar von Prof. Dr. Manfred Gerlach (LDPD/Staatsrat), Dr. Günther Maleuda (DBD/Staatsrat/Präsident der Volkskammer / MdB), Rosel Walther (NDPD / Staatsrat), Gerald Götting (CDU/Staatsrat/Präsident/Vizepräsident der Volkskammer), Dr. Hans Modrow (SED / Ministerpräsident) Dr. Hans Reichelt (DBD / Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates/Minister für Land- und Forstwirtschaft), Prof. Dr. Kurt Wünsche (LDPD/Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates / Justizminister), Prof. Dr. Gerhard Fischer (CDU), Peter Florin (SED/Ständiger Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen), Erhard Lonscher (NDPD), Oskar Fischer (SED / Außenminister), Dr. Günter Sarge (Präsident des Obersten Gerichts) Herbert Fechner (Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin / Mitglied des Parlamentarischen Rates der Interparlamentarischen Union).

Im Rahmen der Darstellung der Situation in Deutschland nach 1990 mit der Kriminalisierung hoheitlichen Handelns für die und im Rahmen der Rechtslage der DDR wird u.a. ausgeführt:

„Wenn Regierungsvertreter, Gerichte und Staatsanwaltschaften das auch zu bestreiten versuchen, es handelt sich um politische Prozesse. Sie sind dazu bestimmt, mit abenteuerlichen Rechtskonstruktionen die Deutsche Demokratische Republik nachträglich zu delegitimieren und zum 'Unrechtsstaat' zu stempeln, wie es der damalige Justizminister und heutige Vizekanzler der BRD Klaus Kinkel 1991 von den Gerichten und Staatsanwaltschaften forderte.

Das Bestreben der heute in Deutschland politisch Verantwortlichen, mit der früheren DDR-Elite 'abzurechnen', richtet sich objektiv gegen Millionen Bürger der DDR und ihre Lebensleistungen. Es stellt eine kollektive Demütigung dar ...

Es gibt mithin zweierlei Recht in Deutschland: Eines für Bürger der Alt-Bundesrepublik und ein

anderes für Bürger des zweiten inzwischen abgeschlossenen deutschen Staates. Das ist in der europäischen Geschichte beispiellos ...

Wir richten einen eindringlichen Appell an die Öffentlichkeit, an verantwortliche Politiker in aller Welt:

Helfen Sie nach Ihrem Vermögen mit, die rechtswidrige Verfolgung von DDR-Bürgern endlich zu beenden!



Diese Erklärung wurde am 13. Februar gekürzt im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht. Der volle Wortlaut kann in der Geschäftsstelle angefordert werden. Alle sind aufgerufen, diesen Appell an Freunde und Bekannte zu senden und auf andere Weise zu verbreiten.

Schnelle Antwort

Im Auftrag der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes hat der zuständige Berichterstatter, Prof. Dr. Udo Steiner, eine Anfrage des Vorstandes der ISOR e.V. hinsichtlich der anstehenden Entscheidungen zur Rentenüberleitung (siehe ISOR aktuell 2/98) kurzfristig beantwortet. Danach werde der Entscheidung nach wie vor höchste Priorität eingeräumt. Der Berichterstatter wies jedoch darauf hin, daß „der zu bewältigende Verfahrensstoff von ganz ungewöhnlichem Ausmaß“ sei und deshalb mit einer Entscheidung eher erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 zu rechnen sei.

Es ist verständlich, wenn unsere vom Rentenstraftrecht besonders hart betroffenen Mitglieder darüber verbittert sind. Leider sehen wir jedoch keine Möglichkeiten, eine schnellere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu beeinflussen.

Jedoch sollten wir alle – Mitglieder, TIG-Vorstände, Vorstand und Beirat – nicht nachlassen, den Politikern von Bund und Ländern und vor allem den Kandidaten für den neuen Bundestag unser berechtigtes Anliegen nach Beseitigung aller Straffrenten deutlich zu machen. So können wir den Gesetzgebungsprozeß nach BVerfG-Entscheidung und Bundestagswahl langfristig vorbereiten.

Verhinderte Solidarität Geübte Solidarität

Wie wir erst jetzt erfahren, hat die Justizvollzugsanstalt 06295 Volkstedt, Am Sandberg, die Aushändigung unseres Weihnachtspäckchens an unseren Freund **Heinz Ottomar Thieme** verweigert und es zurückgesandt. Diese Willkürhandlung wird uns nicht von weiteren Solidaritätsbekundungen gegenüber den durch politisches Strafrecht Inhaftierten, auch gegenüber Heinz Ottomar Thieme, abhalten. Wir werden entsprechende Wege finden.

Trotz alledem!

Wir gratulieren ihm nachträglich herzlich und mit besten Wünschen zu seinem Geburtstag!



In einem persönlichen Brief übermitteln die Mitglieder der TIG Suhl dem in Saarbrücken inhaftierten ehemaligen Kundschafter **Rainer Rupp** ihre solidarischen Grüße, verbunden mit einer Geldspende in Höhe von 810,30 DM.

Für Bürgerrecht, Menschenwürde und soziale Sicherheit

Die **Geraer Seniorenvereine und -verbände** DBwV Kameradschaft Ehemalige Gera, DFB Ortsverband Gera, BRH Ortsverband Gera, GBM Förderkreis Senioren Ortsverband Gera und Umgebung, IVvDn Landesverband Thüringen/Gera, ISOR TIG Gera sowie die Seniorenbeiräte der Gewerkschaften des Bereiches Gera Stadt haben anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung am 29. Januar 1998 eine Erklärung beschlossen. In dieser heißt es u. a.:

„Die Teilnehmer an der Veranstaltung sind in großer Sorge, daß die vom Deutschen Bundestag unter Mitwirkung des Deutschen Bundesrates beschlossenen und noch vorgesehenen Einschränkungen der Grundrechte und der weitere Abbau der sozialen Sicherungssysteme in das Gebot der Unverletzlichkeit der Menschenrechte eingreifen und den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend gefährden.

Wir erwarten, daß der ... noch beabsichtigte Sozialabbau sofort beendet wird. Wir bestehen damit auf der Einhaltung des im Artikel 20 Grundgesetz festgeschriebenen Sozialstaatsgebotes ...

Wir wenden uns gegen jede Form der Verletzung der Menschenrechte und bestehen auf der abstrichslosen Gewährleistung des im Artikel 3 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgeschriebenen Gleichheitsgebotes der Menschen vor dem Gesetz auch für alle Bürger der neuen Bundesländer.“ (Beitrag auf Seite 3)

Aus dem Vereinsleben

„Im Frühjahr 1997 erfolgte der Zusammenschluß der bisherigen TIG **Marienberg** und **Zschopau** (Mittlerer Erzgebirgskreis). Neben der weiteren Fortsetzung unseres Kampfes zur endgültigen Beseitigung des Rentenunrechtes sowie der Aktivitäten im Schreiben an Politiker und den Petitionsausschuß haben wir uns auch Gedanken zur Festigung des Zusammenhaltes und Entwicklung des kulturellen Leben gemacht. Im Ergebnis führten wir 1997 eine kleine Wanderung im waldreichen Erzgebirge, eine Autofahrt mit einem Reisebus nach Karlsbad und Marienbad/Tschechien und am 3. Dezember eine Kaffeefahrt durch. Die Zahl der Teilnehmer stieg von anfangs 28 auf zuletzt 53 Personen.

Für das Jahr 1998 wurde bereits im Monat März die erste Veranstaltung geplant.“

H. Käßler



„Am 13.01.1998 führten wir in Auswertung der Rostocker Beratung vom November 1997 unsere erste Versammlung im neuen Jahr durch. In der letzten Zusammenkunft im Dezember 1997 haben wir uns darüber verständigt, daß es notwendig ist, Maßnahmen einzuleiten, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Die Versammlung bereiteten wir gründlich vor. Es wurden etwa 40 ehemalige Mitarbeiter der Paßkontrolle und ehemalige Mitarbeiter anderer Dienststellen durch eine schriftliche Einladung mit dem Thema: „Rentenansprüche für ehemalige Mitarbeiter des MfS und was ist zu tun, um einen Erfolg zu erzielen“ informiert.

Es wurden durch uns jüngere ehemalige Mitarbeiter angesprochen, die über mehr als 10 Dienstjahre in den bewaffneten Organen Dienst leisteten. Zu der Versammlung erschienen 11 ehemalige Mitarbeiter, zwei weitere entschuldigten sich, da sie aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen konnten.

Nach der Behandlung des Themas kam es zu einer fruchtbringenden Diskussion, die damit endete, daß sieben Gäste sofort und drei weitere in den nächsten Tagen ihren Beitritt zu ISOR erklärten. Wir meinen, daß dieses Beispiel zeigt, daß noch Reserven vorhanden sind.“

TIG **Schönberg/Grevesmühlen**



Die TIG **Leipzig** wandte sich an die Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig am 5.4.1998 mit der Aufforderung, zum verbliebenen Rentenunrecht Stellung zu nehmen. Wörtlich: „Unsere Mitglieder wird interessieren, wie Sie zu diesem Rentenunrecht stehen, ob Sie bereit sind, mit uns gemeinsam dagegen zu protestieren und uns in unserem Bestreben Rentengerechtigkeit herzustellen, zu unterstützen.“



Am 9.2.98 fand ein Treffen der Vorsitzenden der Ortsorganisationen des BRH, des DBwV Kameradschaft Ehemalige und ISOR in **Bad Salzung** statt.

Nach einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch äußerten sich die anwesenden Vorsitzenden übereinstimmend,

- den solidarischen Kampf mit allen Betroffenen zur vollständigen Herstellung der Rentengerechtigkeit mit Entschiedenheit weiterführen zu wollen;

- daß man, auf Grund der Tatsache, daß es in keinem Verein bisher Mitgliederverluste durch Austritte gab, mit den eingeleiteten Maßnahmen und vielseitigen gesellschaftlichen Aktivitäten unter Beachtung der Interessen der Mitglieder, auf dem richtigen Weg ist;

- daß man sich auch künftig etwa halbjährlich über Erfahrungen im Vereinsleben abstimmen möchte, wenn erforderlich auch kurzfristig (wie etwa im Falle einer Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht).



Mit einer Beschwerde gem. Resolution 1503 wandten sich 25 weiterhin vom Rentenstraftrecht betroffene ehemalige höhere Offiziere der Offiziershochschule der Volksmarine **Stralsund** sowie Hinterbliebene an das UNO-Zentrum für Menschenrechte. Im Brief werden neben einer kurzen biografischen Darlegung des militärischen Werdegangs die Auswirkungen der weiterhin bestehenden Kappung konkret dargelegt. Es wird festgestellt, »daß mit dieser Regelung erstmals in der BRD der Grundsatz der politisch-moralischen Wertneutralität des Rentenrechts verletzt wird. Betroffenheit und Verwunderung herrscht darüber vor allem deshalb, weil andererseits rentenrechtliche Ansprüche ehemaliger Wehrmachtangehöriger des nationalsozialistischen Reiches in keiner Weise beschnitten und selbst SS-Angehörige großmütig behandelt wurden und werden.«

Einen gleichlautenden Brief richteten die Betroffenen an das Europäische Parlament mit der Bitte, »die damit in der BRD praktizierte Verletzung der Menschenrechte unter Kritik zu stellen und auf Veränderungen hinzuwirken.«

Einhellig brachten die Unterzeichner, die 85 Prozent der gegenwärtig vom Rentenstraftrecht Betroffenen der ehemaligen Hochschule verkörpern, zum Ausdruck, daß es dringend notwendig ist, den internationalen Protest zu verstärken. Es darf dem künftig vereinten Europa nicht verborgen bleiben, daß in Deutschland mit Ausgrenzung und politischer Verfolgung weiterhin Menschenrechte verletzt werden. In diesem Sinne gilt es, überall sämtliche Register des politischen Protestes zu ziehen“.

Dr. Dietrich Richter



In einer Beratung in Saßnitz dankte der Vorstand der TIG **Rügen** allen Unterkassierern der Insel für ihre Tätigkeit bei der Betreuung der

Mitglieder. In angeregter Diskussion berieten die Freunde über die weitere Verbesserung ihrer Arbeit bei der Betreuung der Mitglieder und zur Gewinnung neuer Mitkämpfer. Einhellig der Tenor: Nur ungebrochene Solidarität und neue Aktivitäten führen zum Sieg. In diesem Sinne wurde auch dem Vorstand Dank und Vertrauen ausgesprochen.



Das Bundespräsidialamt ...

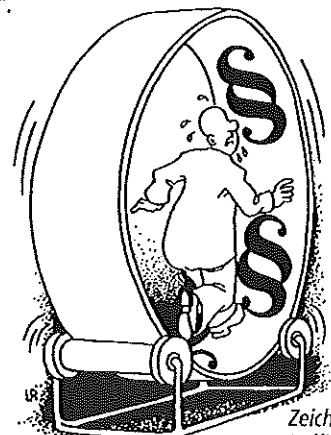
antwortete den ISOR-Mitgliedern Fritz Neumann (Delitzsch) und Johannes Spranger (Rostock) auf ihre Schreiben an den Bundespräsidenten Roman Herzog in Sachen Rentenstraftrecht für ehemalige Angehörige des MfS/ AfNS.

Der Herr Bundespräsident habe, so heißt es in der Antwort an Fritz Neumann, den Brief aufmerksam gelesen, jedoch: „Wie Sie wissen, trägt der Herr Bundespräsident keine Regierungsverantwortung. Sein Beitrag zur Lösung von Problemen muß sich im wesentlichen auf das gesprochene Wort beschränken ...“

Der Herr Bundespräsident dankt Ihnen deshalb für Ihre Hinweise, die sicherlich in seine Überlegungen einfließen werden.“ Eine identische Aussage wird in dem Antwortschreiben an Johannes Spranger getroffen: „Der Herr Bundespräsident kann in diese Verfahren, aus rechtsstaatlichen Gründen nicht eingreifen. Ich habe jedoch in seinem Auftrag Ihre Zuschrift dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ... mit der Bitte übersandt, Ihr Anliegen zu prüfen.“

Die inzwischen vorliegende Stellungnahme dieses Ministeriums beharrt mit Hinweis auf die Außerkraftsetzung der Versorgungsordnung des MfS durch die letzte Volkskammer der DDR auf der hinlänglich bekannten Position, daß es kein Rentenstraftrecht gäbe und schließt mit dem Hinweis:

„Bei bestehenden verfassungsrechtlichen Zweifeln an einer gesetzlichen Regelung steht in der Bundesrepublik Deutschland jedermann entsprechend den Regelungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht offen“.



Zeichnung:
Löffler

Gefunden in „Im Ruhestand“



Aus der Postmappe

Solidarität braucht jeden

Wie uns Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig, mitteilt, hat sich das Ehepaar Monika und Bernhard Paul aus Leipzig ISOR angeschlossen und einen Spendenbeitrag geleistet, um das Ringen um Rentengerechtigkeit solidarisch zu unterstützen. Beide waren nie Angehörige eines bewaffneten Organs der DDR.

Zu unserem Beitrag **Internationaler Protest in ISOR aktuell 1/98** ergänzt K.-H. Reinhardt, daß dieser Protest durch einen von ihm an seinen Freund Titow nach Kiew geschickten Artikel über das Rentenstrafrecht aus der Zeitung „Unsere Zeit“ zustande gekommen ist. Zugleich habe er auch seinen in Moskau lebenden Freund, den legendären Wladimir Gall, Ehrenbürger von Berlin-Spandau, ins Bild gesetzt, damit sich auch die Moskauer Kriegsveteranen dem internationalen Protest anschließen.

Abschließend ruft Karl-Heinz Reinhardt dazu auf zu prüfen, wer durch Nutzung ähnlicher Verbindungen ebenfalls unseren Kampf unterstützende Aktivitäten auslösen könnte.



Jetzt erst recht!

„Dank der Aktivität vieler Mitsreiter – nicht nur der ISOR-Mitglieder – sind wir in den letzten Jahren Schritt für Schritt weitergekommen. Manche von uns, es sind nur wenige Mitglieder, haben den Weg vom Ich zum Wir noch nicht begriffen. Sie stehen mehr zum 'Ich', wenn es um's Geld geht. Sind sie schon so weit, dem Geld die absolute Hoheit zuzusprechen? Kaum sind ihre Probleme gelöst worden, treten sie bei ISOR aus. Wie kamen die nun veränderten Rentenverhältnisse eigentlich zustande? Durch den jetzt Ausgetretenen? Ja, auch! Aber der Verein ISOR und andere haben die Ergebnisse gebracht, die nun bei vielen zu Buche stehen. Nicht das 'Ich' brachte Ergebnisse, sondern das 'Wir'! Möglich, daß einige Mitglieder nun keine Ansprüche mehr an den 'Rechtsstaat' haben. Dann muß man allerdings sagen: Es gibt noch viele mit gerechtfertigten Forderungen. Unsere ISOR ist noch längst nicht auflösungsbereit. Erst dann, wenn Unrecht betreffend der Renten getilgt ist kann man und muß man darüber reden und Entscheidungen treffen.

Was wollen wir den wenigen Ausgetretenen noch sagen: Wir wollen, daß das Rentenunrecht völlig beseitigt wird. Ich meine die existentiell bedrohlichen Niedrigrenten für Angehörige des ehemaligen MfS. Ich meine auch die noch immer unter Rentenunrecht bestehenden Berechnungszeiten von 1991- 1996. Ich meine auch die Rückzahlung der Gelder, die wir vor Jahren zahlen mußten, um versichert zu sein ('freiwillige' Krankenversicherung 1991).

Ein weites Feld liegt noch vor uns. Um es auszufüllen mit Aktivitäten, bedarf es einer groß angelegten Solidarität innerhalb von ISOR und außerhalb mit so manchem anderen Verein. Wer jetzt aufgibt und sich in seine vier Wände zurückzieht, schadet unserer gemeinsamen Sache. Man möge sich dessen bewußt sein. Wir leben im Wahljahr 1998. Man sollte bei der Stimmabgabe auch sein eigenes Wahlverhalten davon abhängig machen, wer für unsere Forderungen eintritt und wer sich gegen uns äußert.

Ja, wir sind Bürger der BRD geworden. Wenn wir in dieser Republik alle Pflichten erfüllen müssen, dann wollen wir auch alle Rechte wahrnehmen, die einem Bundesbürger zustehen. Mit der ungezahlten Rente und den vielfältigen Erhöhungen der Abgaben geht die Schere immer weiter auseinander. Will man etwa auf diese Weise mit der ehemaligen DDR abrechnen? Wir sehen sehr wohl, wohin die Karre laufen soll. Wir wehren uns dagegen. Und das wird so bleiben.“

Günter Schwarzlose, Oranienburg

Zitat des Monats:

Gebet eines Pfarrers, 1864

Lieber Gott und Herr,

setze dem Überfluß Grenzen und laß die Grenzen überflüssig werden;

nimm den Ehefrauen das letzte Wort, und erinnere die Ehemänner an ihr erstes;

gib den Regierenden ein besseres Deutsch und den Deutschen eine bessere Regierung;

schenke uns und unseren Freunden mehr Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde;

bessere solche Beamte, die wohl fähig, aber nicht wohlfätig sind und lasse die, die rechtschaffen sind, auch Recht schaffen;

sorge dafür, daß wir alle in den Himmel kommen, aber, wenn Du es willst, noch nicht gleich,

Amen

Einmal im Quartal treffen sich die Verantwortlichen der Seniorenvereine und -verbände der **Stadt Gera**, um die Aufgaben in der weiteren Zusammenarbeit zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit und der Beseitigung aller die Seniorinnen und Senioren noch diskriminierenden

Maßnahmen abzusprechen. Ein Höhepunkt in dieser Zusammenarbeit war die Organisation und Durchführung einer Zusammenkunft interessierter Bürger der Stadt Gera am 29. 01. 98, auf der der Vorsitzende der GBM, Professor Dr. Richter, zum Thema der bisherigen Durchsetzung der Menschenrechte und insbesondere der sozialen Menschenrechte in der BRD und anderen Ländern der Welt sprach. Der Einladung der Organisatoren waren etwa 250 Bürger gefolgt. Der Referent ging in seinen Ausführungen auch auf die Aufgaben zur Beseitigung des Rentenstrafrechts in der BRD ein. In der Diskussion unterstützten mehrere Bürger die dargelegte Meinung, daß u.a. in der BRD die sozialen Menschenrechte noch nicht umfassend durchgesetzt wurden. Ein Teilnehmer meinte, die Menschenrechte wären in der BRD durchgesetzt worden und ein Teil der Anwesenden sollte sich lieber erst mal mit ihrer politischen Vergangenheit auseinandersetzen, ehe sie so ein Urteil fällen könnten. Auch zu dieser Meinung wurde diskutiert. Viele der Anwesenden unterzeichneten eine Erklärung an den Bundestag und den Thüringer Landtag. (Siehe Seite 1)

Willi Nießen, Gera

Lesenswert ...

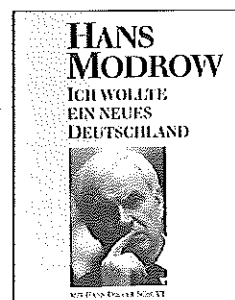
Was Hans Modrow wollte – und wie es gekommen ist.

Seine Erinnerungen unter dem Buchtitel „**Ich wollte ein neues Deutschland**“, sind eine ehrliche, realistische Widerspiegelung unseres konfliktreichen Lebens in den vergangenen Jahrzehnten.

Der Wahrheit folgend, mit geschichtlicher Konsequenz, sowohl anhand der eigenen Wegstrecke beim Werden und Niedergang der DDR als auch des doppelzünglerischen und heuchlerischen Wirkens derer, die in Bonn die Macht verkörpern, beschreibt er bewegende Vorgänge der jüngsten deutschen Geschichte.

All jenen, die ein halbes Jahrhundert als gewichtigen Teil ihres Lebens so oder so durchschritten haben, hält er einen ungetrübten, aber niemals verletzenden Spiegel vors Gesicht. Mit bitteren Erinnerungen werden der Niedergang der DDR verdeutlicht und dabei, durchweg erregend, die Positionen und Handlungen der bewaffneten Organe eingeschätzt. Wie viele von uns, wollte Hans Modrow „nicht Treibholz sein im Strom der Zeit!“ So verschieden unsere Wege in der DDR auch waren, er beschreibt sie als Bekenntnis zu einer Gesellschaft der sozialen

Fortsetzung auf Seite 4



Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 3

Gerechtigkeit, der Sicherung des Friedens und des politischen Gemeinsinns.

Am Rande ein von ihm beiläufiges Resümee: „Meine erste Rente habe ich im Alter von 65 Jahren bezogen; aber nicht die 50 Arbeitsjahre bildeten den Kern der Berechnung, sondern meine Staatsnähe.“

Das Buch, erschienen im Dietz Verlag Berlin 1998, veranlaßt uns, mit Selbstbewußtsein, Würde und Realitätssinn über unser Leben nachzudenken, aber auch weiterhin mit Mut und Standhaftigkeit für unsere Ideale und Interessen einzutreten (ISBN 3-320-01953-8).

Prof. Dr. Werner Wunderlich



Lesenswert ist auch das bereits 1993 im GNN-Verlag Köln erschienene autobiographisch angelegte Buch von **Hans Fricke** „**Davor – dabei – danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet.**“

Der Autor, vom Oktober 1949 bis September 1975 erst Angehöriger der Deutschen Volkspolizei, dann der Grenztruppen der DDR, stellt mit einfachen Worten sein Leben in die Zeit, setzt sich ehrlich damit auseinander und verzichtet auf halsbrecherische Wendemanöver. Damit hat er ein wertvolles Zeitdokument geschaffen, das uns beim vorwärtsschauenden Rückblick hilft und den Nachfahren ein reales Bild unserer eigenen Vergangenheit vermittelt.

Dieses Buch ist auch im fünften Jahr nach seinem Erscheinen noch höchst aktuell und macht Mut. Es verdient eine zahlreiche und interessierte Leserschaft, zumal es mit einem Preis von DM 19,80 durchaus preiswert angeboten wird. Erhältlich ist es im Buchhandel unter ISBN 3-926922-18-4 oder beim GNN-Buchversand Badeweg 1, 04435 Schkeuditz für zusätzlich DM 2,50 Versandkosten.

Dr. Peter Fricker

Das **Reisebüro „Alle-Reisen“** hat unter dem Motto **„Reisen mit Gleichgesinnten“** das Angebot unterbreitet, Einzel- und Gruppenreisen für **ISOR-Mitglieder**, insbesondere nach Tschechien, zu organisieren.

Interessenten wenden sich bitte an dessen Leiter Dr. Ernst Wanitschek, Tel. 030-5590495, Di.-Fr. ab 16.00 Uhr

Der Vorstand teilt mit:

Auf seiner Sitzung am 25. Februar nahm der Vorstand einen Antwortbrief des Bundesverfassungsgerichtes zur Kenntnis. (Siehe S. 1).

Der Vorstand befaßte sich mit dem Stand der Mitgliederaktivitäten zur Einforderung der restlosen Beseitigung noch bestehenden Rentenstrafrechts. Im Ergebnis der mehrere Tausende zählenden Eingaben zur Rentenbestrafung mit 0,7 EP für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS mußte der Petitionsausschuß innerhalb kurzer Zeit bereits viermal dazu Stellung beziehen. So am 11. und 12. Dezember 97, am 5. und 12. Februar 98. Daß er sich nur dazu imstande sah, „das Petitionsverfahren abzuschließen“, beendet unsere Aktivitäten nicht. Im Gegenteil! Jetzt nimmt auch die Aktivität der durch die Rentenbestrafung mitbetroffenen **Ehefrauen** zu, die ebenfalls von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen. Das gleiche gilt für **Witwen**, die in ihren Petitionen ebenfalls das Rentenstrafrecht angreifen.

Zur Beschwerdeführung wegen Verletzung von Menschenrechten durch das System politisch motivierter Rentenkürzungen wurde gewertet, daß dazu dem **UNO-Zentrum für Menschenrechte** bereits durch weit mehr als 1.000 beschwerdeführende ISOR-Mitglieder Kenntnis gegeben wurde. Immer mehr machen vom Recht dieser Beschwerde Gebrauch und weisen in **Briefen ganzer Gruppen Betroffener** vor diesem internationalen Gremium den noch immer bestehenden Massencharakter des Rentenstrafrechts nach.

Waches Interesse weckte die in Antwortbriefen des **SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder** zum Ausdruck kommende Unkenntnis über das bisher von SPD-Bundestagsfraktion und -Sozialpolitikern immer wieder betonte Bekenntnis zur Notwendigkeit der Beseitigung aller Rentenkappungen. Der von Gerhard Schröder mit der Briefbeantwortung Beauftragte bringt im Gegensatz zur bisherigen Haltung der SPD zum Ausdruck: „**Nach Abschluß dieser Gesetzgebungsverfahren**“ (gemeint Diskussion und Annahme des AAÜGändG) „**sehe ich keine Möglichkeit für die Änderung dieser Regelungen.**“

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung und Ferienzimmer auf Insel Usedom (Nähe Bansin)
Tel. 038379/20409



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

LORE ANDERS, Dresden
GÜNTER BAUCH, Plauen
MANFRED BIRKENEDER, Rübenu
ALWIN BRAND, Berlin-Friedrichsfelde
ACHIM DÖBEL, Berlin-Köpenick
HERBERT ENKE, Berlin-Lichtenberg
GÜNTHER FIEBIG, Eisenberg
MANFRED GIEWOLIES, Rostock
CHRISTEL GRENZ, Berlin-Ho'schönhausen
ERNST HEIDENREICH, Bützow
HARTMUT HENNING, Magdeburg
DIETER JECHOREK, Magdeburg
HERBERT JORDAN, Rostock
OTTO JUNG, Cottbus
ANNELIESE KANDALE, Berlin-Karlshorst
RUDOLF KONRAD, Wünsdorf/Waldstadt
ACHIM KOSCHEK, Gera
KURT KRETZSCHMAR, Dresden
KURT KROHE, Schwarzenberg
ERICH KUPSCH, Schwerin
HANS LEHNHARDT, Berlin-Marzahn
HANS LUTRINGER, Berlin-Köpenick
HEINZ MARX, Sangerhausen
ALFRED MENZEL, Schildow
PETER METZ, Erfurt
HELMUT MEYER, Leipzig
MANFRED NESTLER, Marienberg
JOHANNES NEUSS, Königs Wusterhausen
KARL-HEINZ NIESLER, Kühlungsborn
GÜNTER PESTER, Leipzig
HERBERT PETSCHAUER, Leipzig
EDITH PFEIFER, Berlin-Lichtenberg
WALTER ROTHE, Berlin-Pankow
REINHARD SCHACKER, Wesenberg
HEINZ SCHNEIDER, Görlitz
MARTIN SCHULZ, Bützow
DR. MED. LOTHAR SCHWERIN, Laußnitz
DR. HORST STERNKOPE, Erfurt
DAGOBERT TEUBER, Rostock
JOSEF ZEYEN, Eisenberg

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Öffentlichkeitsarbeit
- „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag und Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!